



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

p.: Aus Luxemburg.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wie jener Satz voraussetze. Das Mißtrauen sei ganz ungerechtfertigt und die Theorie von der Staatsgefährlichkeit der neuen Dogmen werde selbst von denen nicht geglaubt, die sie aufstellen. Staat und Kirche hätten eine sich ergänzende Mission. Uebergriffe seien bisher vom Staat in's Gebiet der Kirche, aber nicht umgekehrt geschehen. Uebrigens besitze der Bund Kompetenzen genug, in der Ausübung derselben sei er nie scrupulös gewesen, nach dem Satz: hat man keine, so macht man eine. Auch hätten sich bisher in Staaten, die sich selbst keiner Provocation schuldig machten, in Folge der neuen Dogmen noch nirgends politische Verwickelungen gezeigt. Die Unfehlbarkeit des Papstes bloß in Sachen des Glaubens und der Sitten berühre den Staat in keiner Weise, wie selbst Frohschammer in München zugegeben. Wenn endlich das Volk dem confessions- d. h. glaubenslosen Staate zugethan wäre, so hätte man nicht nöthig, den Bund zu Hülfe zu rufen. Der glaubenslose Staat aber führe zu Streit, bösem Beispiel, Indifferentismus und so zur Intoleranz, denn die Gleichgültigen nennen die Gläubigen Finsterlinge, Ultramontane und bekreuzen sich vor ihnen. „Wir müssen somit Alles thun, was wir können, damit das Christenthum nicht von uns genommen werde. Der Bund soll die, welche glauben, auch in seinen Schutz nehmen und nicht bloß die, welche indirect den Glauben zerstören.“ — Trotz alledem wurde der Artikel in folgendem Wortlaut in beiden Rätthen angenommen: „Die freie Ausübung der gottesdienstlichen Handlungen ist innerhalb der Schranken der öffentlichen Sittlichkeit und Ordnung gewährleistet. Den Cantonen wie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Confessionen, sowie gegen Eingriffe kirchl. Behörden in die Rechte der Bürger und des Staates die geeigneten Maßregeln zu treffen.“

Nus Luxemburg.

März 1872.

Wir haben den Vorzug, ein kleines Land zu sein mit einer großen Industrie, ein neutrales Land und folglich ohne Kriegsdienst- und Kriegsteuerlast für die Bevölkerung. Der Frieden unserer Fluren wird von den Großmächten behütet. Dabei entbehren wir jedoch nicht den Vortheil einer großen Handelsgemeinschaft. Denn wir sind — ich hätte beinahe etwas Falsches gesagt, denn ich wollte sagen: wir sind im deutschen Zollverein. Aber der besteht ja gar nicht mehr. Vielmehr wir, das souveräne Großherzogthum Luxemburg bilden ganz allein einen Zollverein mit dem deutschen Reich, einen

Grenzboten II. 1872.

internationalen Zollverein, während der frühere deutsche Zollverein nur innerhalb des deutschen Bundes bestand, zu welchem wir ja damals auch gehörten. Correcerweise müßte unser internationaler Zollverein den Namen des deutsch-luxemburgischen annehmen. Wie dieser Zollverein nun heiße, auf seiner Grundlage ist unsere Industrie erblüht, und auf derselben Grundlage besteht und gedeiht sie weiter. Wir empfangen unseren Antheil an den Einnahmen jenes Zollvereins, aber der Schutz seiner Grenzen kostet uns nicht das geringste Opfer.

Sind das nicht alles große Annehmlichkeiten? Wir sind denn auch ganz zufrieden, oder vielmehr wir könnten es sein, wenn nur die bösen Träume nicht wären. Unsere Lage zwischen Deutschland und Frankreich macht, daß wir uns beständig als der Zankapfel zwischen zwei großen Nationen vorfinden. Und es gibt Leute, die aus dieser Beängstigung, vor der uns doch die europäische Garantie unserer Neutralität bewahren sollte, unaufhörlich Früchte zu ziehen suchen, die uns giftig sind. Solche Leute stellen sich natürlich als wären sie die eifrigsten Freunde unserer neutralen Unabhängigkeit.

Der gefällige Leser lasse sich erinnern, wenn die großen Ereignisse der letzten Jahre ihm etwa die Erinnerung verwischt hätten, daß im Frühjahr 1867 der damalige Kaiser Napoleon den Kauf unseres Großherzogthums von dem Hause Dranien mit dieser speculativen Firma abgeschlossen hatte, als Preußen kurzweg erklärte, es werde seine Truppen, die auf Grund eines europäischen Vertrages in der Festung Luxemburg standen, nicht vor den französischen Truppen zurückziehen. Da gab es auf kurze Zeit eine kriegsdrohende Situation, alsdann eine europäische Conferenz, aus welcher die Verbürgung unserer Neutralität und unser Fortbestand als souveräner Staat unter dem Hause Nassau-Dranien hervorgingen.

Zur Zeit, als der Ankauf im Werke war, gab es eine Partei, die uns tagtäglich mit größter Heftigkeit demonstirte, daß wir an unserer Selbständigkeit moralisch und ökonomisch zu Grunde gehen müßten. Diese Partei bestand nicht bloß aus Wallonen und Franzosen, die wir in unserem deutschen Lande haben, die Seele dieser Richtung waren vielmehr die Ultramontanen.

Wir haben, wie der Leser weiß, einen Prinz-Statthalter, denn wir stehen zwar unter der oranischen Dynastie, sind aber mit der niederländischen Krone nur durch Personalunion verbunden. Dieser Prinz-Statthalter nun, Heinrich seines Namens, hängt gar sehr an seinem Posten, was wir ihm durchaus nicht verübeln. Verbände er nur mit dem Eifer, seine Stellung zu erhalten, auch die nöthige Unbefangenheit und Weite des Blickes, dann wäre es mit uns ganz gut bestellt. Prinz Heinrich also war ganz zufrieden, daß der

Handel von 1867 rückgängig wurde, obwohl er zur Verhinderung nichts beitrug.

Wir haben ein vollständiges Eisenbahnnetz, was zugleich dem Durchgangsverkehr unserer Nachbarländer dient. Das Terrain sämtlicher Eisenbahnen gehört einer Gesellschaft, die sich Wilhelm-Luxemburg nennt, der Betrieb aber war in den Händen der französischen Ostbahn-Gesellschaft. Unser Land hätte die Betriebsmittel nimmermehr aufgebracht, und die Anschaffung eines besondern Betriebsmaterials für diese kurzen Strecken wäre auch eine Verschwendung sondergleichen gewesen. Nun erinnert sich der Leser abermals, daß im Jahre 1869 die französische Ostbahn-Gesellschaft einen Theil des belgischen Eisenbahnnetzes ankaufen wollte, wogegen sich die belgische Regierung durch ein eigenes Gesetz schützte. Der Unterschied zwischen beiden Fällen springt in die Augen. Unser Land hatte keinen selbständigen Eisenbahnbetrieb wie Belgien. In Belgien war die Betriebsübernahme durch eine französische Gesellschaft in der That der Schritt zu einer französischen Annexion. Wir befanden uns bei der Entstehung unseres Eisenbahnnetzes unter dem Schutz der preussischen Kanonen in der Festung Luxemburg und später unter dem Schutz einer europäischen Gesamtbürgerschaft, die allerdings Belgien auch nicht behrte. Allein der Uebergang belgischer Bahnen in französischen Betrieb hätte den von Frankreich abhängig gemachten Interessen nach und nach eine Schwere gegeben, gegen welche die europäische Bürgerschaft weit mehr Aufmerksamkeit und Kraft hätte entfalten müssen, als gegen die Anfalltendenz, die in unserem Ländchen, allerdings nicht zur Förderung der Ruhe und Sicherheit, erzeugt wurde.

Die europäische Bürgerschaft reichte nicht aus, um die Ostbahn-Gesellschaft zu verhindern, während des deutsch-französischen Krieges durch unser Land heimlich mehr als einen Proviantzug nach der französischen Festung Diedenhofen zu expediren. Darüber beschwerte sich Fürst Bismarck in einer bekannten Note, und stricte Neutralität wurde fortan bei uns die Losung, in welche Ultramontane, Franzosensfreunde und aufrichtige Anhänger des status quo einstimmten.

Durch den Frieden zu Frankfurt ging das Eigenthum der französischen Ostbahn auf nunmehr deutschem Boden in die Hände einer deutschen Betriebscommission über. In demselben Frieden ward stipulirt, daß die französische Ostbahn-Gesellschaft den Betrieb des luxemburgischen Bahnnetzes an die deutsche Betriebscommission in Elsaß-Lothringen abtreten sollte.

Unsere Ultramontanen waren sehr erbaut, als der Betrieb unseres Eisenbahnnetzes in französischen Händen war. Jetzt bieten sie Alles auf, denselben Betrieb nicht in deutsche Hände gelangen zu lassen, weil damit die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Großherzogthums verleßt werde. Warum

war sie denn nicht verkehrt, als der Betrieb in französischen Händen war, in den Händen einer Nation, welche ihre Gelüste nach dem Besitz Luxemburgs durch den Ankaufsversuch von 1867 vor aller Welt documentirt hatte? Warum predigten damals nicht unsere Ultramontanen, was sie jetzt predigen, daß unser Großherzogthum, es koste was es wolle, den Betrieb seiner Eisenbahnen in eigene Hand nehmen müsse?

Am 6. Februar hielt der hochgeachtete Präsident unsrer Kammer, Baron von Scherff, eine Rede, worin er unwidersprechlich nachwies, daß das Beginnen, unsere Eisenbahnen auf Landeskosten für die kurzen Strecken mit einem ganz selbständigen Betrieb zu versehen, zum Bankerott führen müsse. Dafür soll ihn der Prinz-Statthalter bei einem Mittagsmahl mit dem Namen „Ver-räther“ titulirt haben. Dieser Prinz steht in dem deutschen Eisenbahnbetrieb die Annexion trotz europäischer Garantie. In dem französischen Betrieb sah er sie nicht, auch als noch keine europäische Specialbürgschaft unsrer Unabhängigkeit gegeben war. Es wird der Mühe lohnen, den etwas kurzen Horizont des Prinz-Statthalters zu erweitern, wenn das möglich ist, obwohl dieser Horizont hier zu Lande von Wenigen getheilt wird. Wer hier vorgibt, den deutschen Eisenbahnbetrieb zu fürchten, will in der Regel nicht die Selbständigkeit unsres Landes, sondern die französische Herrschaft.

Am 28. Februar interpellirte Baron Blochausen die Regierung, was sie zu thun gedenke, um den deutschen Eisenbahnbetrieb abzuwenden. Dabei citirte er sehr gelehrt allerlei deutsche Compendien des Völkerrechts, um zu beweisen, daß kein Land einen Zweig seines öffentlichen Dienstes, zu welchem das Straßensystem gehört, einer ausländischen Gesellschaft überlassen dürfe. Da jetzt auch bei uns den Berliner Zeitungen einige Aufmerksamkeit geschenkt wird, so bemerken wir, daß dort englische Gas-Compagnien und Wasserversorgungs-Gesellschaften bestehen. Sind das nicht auch Zweige des öffentlichen Dienstes? Ist in Berlin von englischer Annexion die Rede?

Gewiß ist es ganz gut, wenn ein Land mit eignen Kräften alle Anstalten versorgt, deren es bedarf. Wenn aber die eignen Kräfte nicht ausreichen, so ist es offenbar sehr zweckwidrig, durch Ueberspannung derselben an die eigene Fortdauer selbst die Art zu legen.

Herr von Blochausen war sehr bemüht, zu zeigen, daß der Betrieb des luxemburgischen Eisenbahnnetzes durch eine deutsche Gesellschaft den Protest der Garanten unsrer Neutralität herbeiziehen müsse. Haben denn aber diese Garanten gegen den Betrieb der Ostbahn-Gesellschaft von 1867—1870 protestirt? Was dem Einen recht, ist dem Andern billig: Es wird Sache der Garanten sein, abzuwarten, ob die deutsche Betriebsgesellschaft, wie es allerdings die französische Ostbahn-Gesellschaft gethan, die Neutralität Luxemburgs compromittiren wird.

Nun aber wollen wir ein wenig den Horizont unsres Prinz-Statthalters beleuchten, der leider so kurz, als der ultramontane Horizont weit ist. Die Ultramontanen wissen, was sie thun, wenn sie für die Uebernahme des Eisenbahnbetriebes durch unsern Staat oder, was ganz dasselbe ist, durch eine Privatgesellschaft unter Staatsgarantie eintreten. Der Prinz-Statthalter weiß es aber nicht.

Wenn unser Land in Folge des thörichten Versuches, das colossale Betriebmaterial für die kurzen Strecken unseres großen Durchgangsverkehrs selbständig anzuschaffen, bankrott wird, so wird Herr Thiers oder wer an seine Stelle getreten sein mag, sagen: möge Deutschland dieses ruinirte Land nehmen und uns dafür Elsaß-Lothringen oder doch mindestens Metz herausgeben!

Hat nicht bereits bei den deutsch-französischen Friedensunterhandlungen Herr Thiers sich erboten, Luxemburg für Deutschland anzukaufen?

Darum warnt der französische „Moniteur officiel“ vor dem deutschen Eisenbahnbetrieb, um Luxemburg eines Tages desto sicherer als Kaufpreis für Metz oder was sonst noch anbieten zu können.

Die Ultramontanen aber wollen lieber einstweilen Frankreich, das ja dem Papst seine weltliche Herrschaft wiedergeben soll, stark und vergrößert sehen, als Luxemburg sicher in den Händen des Prinz-Statthalters wissen. Dieser hohe Herr aber thut sein Möglichstes, offenbar im Uebereifer seine persönlich angenehme Stellung zu wahren, dieselbe zum Spielball der Ultramontanen zu machen.

Nicht alle Menschen können mit einem weiten Blick gesegnet sein. Das Schlimme ist nur, daß wir Luxemburger die Kosten jener hohen Kurzsichtigkeit zu tragen haben werden, die uns mit finanzieller Zerrüttung und endloser Verwirrung bedroht.

e.

Jalstaff und seine Gesellen von Paul Konewka,

Text von Hermann Kurz. Straßburg, Moritz Schauenburg.

Eines Todten letzte große vollendete Arbeit ist es, die vor uns liegt. Als Konewka in seiner schwarzen Kunst diese genialen Silhouetten zu Shakespeare's heitersten Gestalten entwarf, in der vollen Kraft und Schaffenslust seiner dreißig Jahre, da ahnte er wohl kaum, daß er ein Jahr später dem Tode er-